

Datenschutzerklärung

Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Diese Informationsblatt soll Personen, Gesellschaften und sonstigen Rechtsträgern, die sich für die Teilnahme an einem Vergabeverfahren des Sozialministeriums interessieren, über das Vergabeportal mit der Auftraggeberin in Kontakt treten, der Auftraggeberin einen Teilnahmeantrag oder ein Vertragsangebot übermitteln, in Vertragsverhandlungen treten oder als Auftragnehmer:innen tätig werden, eine Übersicht über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Auftraggeberin und über Rechte geben, die natürlichen Personen im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten zustehen.

1 Verantwortlich für die Datenverarbeitung

Republik Österreich, vertreten durch die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Stubenring 1, 1010 Wien (Auftraggeberin)

Die Auftraggeberin ist in den von ihr durchgeführten Vergabeverfahren für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Sinne der DSGVO allein verantwortlich. Für Auskünfte und Anliegen im Zusammenhang mit Ihren personenbezogenen Daten können Sie sich an die jeweilige auftragsvergebende Stelle oder an die Datenschutzbeauftragten der Auftraggeberin wenden.

Die Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten der Verantwortlichen lauten:

Mag.a Katja Köhler-Kiliç, Stubenring 1, 1010 Wien,
Katja.Koehler-Kilic@sozialministerium.at

Mag. Patrick Rasztovics, Radetzkystraße 2, 1030 Wien,
Patrick.Rasztovics@gesundheitsministerium.gv.at

2 Kategorien von betroffenen Personen, Kategorien von personenbezogenen Daten und deren Quellen

Im Rahmen der Anbahnung (Bewerbung zur Teilnahme am Vergabeverfahren und Angebotslegung), des Abschlusses und der Abwicklung von Verträgen werden die von den Teilnahmewerber:innen, Bieter:innen und Auftragnehmer:innen an die Auftraggeberin übermittelten oder sonst offengelegten personenbezogenen Daten jener Mitarbeiter:innen und sonstigen Personen verarbeitet, die in Bezug auf den Teilnahmeantrag, das Angebot oder den Vertrag vertretungs- oder erklärungsbefugt sind, als Kontaktpersonen fungieren, zum Nachweis der Eignung des Unternehmens herangezogen werden oder mit der Erbringung der vertraglichen Leistung betraut oder (z.B. im Rahmen einer Auftragsverarbeitung) von dieser betroffen sind.

Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere Personalien (Name, Adresse, Kontaktdaten, Geburtstag usw.), Legitimationsdaten (Ausweis), Befähigungs-, Berechtigungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsnachweise, Strafregisterbescheinigungen, Kontoverbindungen, Korrespondenzdaten, Dokumentationsdaten (z.B. im Zusammenhang mit der Kontrolle oder Abnahme der Werkleistung), Verarbeitungsergebnisse, welche die Auftraggeberin selbst (z.B. zur aktenmäßigen Archivierung) oder eine:in von ihr eingesetzte:r Auftragsverarbeiter:in generiert, sowie personenbezogene Daten, welche für die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen (z.B. zur Herstellung des Einvernehmens mit dem BMF oder zur Rechnungshofkontrolle) erforderlich sind. Außerdem ist es möglich, dass die Auftraggeberin personenbezogene Daten durch Rückfragen bei anderen in Betracht kommenden Organen des Bundes oder bei sonstigen Dritten erhebt.

In Vergabeverfahren, die über das Vergabeportal der Auftraggeberin abgewickelt werden (insb. e-Vergaben), wird die ANKÖ SERVICE Ges.m.b.H. als Auftragsverarbeiterin nach Art. 28 DSGVO für die Auftraggeberin tätig.

3 Rechtsgrundlagen und Zwecke der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Anbahnung, zum Abschluss und zur Abwicklung von Verträgen (ausgeschriebene Aufträge der Verantwortlichen) sowie allen damit in Verbindung stehenden Kontrolltätigkeiten (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auch zum Zweck der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (BVerG 2018, BHG 2013, BHV 2013, Rechnungshofgesetz), denen die Auftraggeberin dabei unterliegt (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann darüber hinaus auch aufgrund der Einwilligung der betroffenen Personen erfolgen, die gegenüber der ANKÖ SERVICE Ges.m.b.H. im Zuge der Bieter:innenregistrierung auf www.vergabeportal.at zum Zweck der Teilnahme an Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber:innen erteilt wird. Mit dieser Einwilligung stimmen die betroffenen Personen der Verarbeitung der von ihnen übermittelten personenbezogenen Daten zu diesem Zweck zu (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

4 Offenlegung der Daten

Innerhalb der Einrichtungen der Auftraggeberin erhalten diejenigen Abteilungen und Mitarbeiter:innen jene personenbezogenen Daten, welche diese zur Erfüllung vertraglicher oder sonstiger rechtlicher Verpflichtungen sowie für die Wahrung berechtigter Interessen benötigen. Darüber hinaus erhalten allenfalls von der Auftraggeberin beauftragte Auftragsverarbeiter:innen (z.B. IT-Dienstleister:innen) personenbezogene Daten, sofern die Daten zur Erbringung der jeweiligen Leistungen benötigt werden. Überdies können öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. das Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen auf der Grundlage des BHG 2013, der Rechnungshof, die Finanzprokuratur, die Europäische Union, andere Auftragnehmer:innen des Bundes usw.) personenbezogene Daten aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen oder behördlichen Anordnungen erhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass das BMASGPK durch das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) verpflichtet sein kann, personenbezogene Daten, die in Zusammenhang mit dem gegenständlichen Vertrag erhoben werden, auf der Plattform data.gv.at zu veröffentlichen oder im Einzelfall informationswerbenden Personen zu übermitteln.

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an einen Drittstaat oder eine internationale Organisation erfolgt nicht.

5 Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden von der Auftraggeberin, soweit erforderlich, für die gesamte Dauer des Vertrages (von der Anbahnung und Abwicklung bis zur Beendigung) und darüber hinaus gemäß entsprechenden gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem BHG 2013, der BHV 2013, dem BVergG 2018 und aus unionsrechtlichen Vorgaben ergeben, verarbeitet. Die Auftraggeberin behält sich vor, personenbezogene Daten auch nach Ablauf der siebenjährigen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungspflicht (§§ 89 und 105 BHG) für die Dauer der absoluten Verjährungsfrist nach ABGB aufzubewahren, um gegebenenfalls Rechtsansprüche geltend machen, ausüben oder verteidigen zu können.

6 Datenschutzrechte

Aus der DSGVO ergeben sich für die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen unmittelbar eine Vielzahl an Rechten im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten. Die Betroffenen haben - abhängig vom jeweiligen Rechtmäßigkeitsgrund der Verarbeitung - grundsätzlich Recht auf Auskunft, Berichtigung, Übertragbarkeit und Löschung dieser Daten sowie auf Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, jeweils nach Maßgabe des Unionsrechtes und des innerstaatlichen Rechtes.

7 Pflicht zur Datenbereitstellung

Von Teilnahmewerber:innen, Bieter:innen und Auftragnehmer:innen sind diejenigen personenbezogenen Daten bereitzustellen, die für die Anbahnung, den Abschluss und für die Abwicklung des Vertrages erforderlich sind oder zu deren Erhebung die Auftraggeberin gesetzlich verpflichtet ist. Werden die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt, muss die Auftraggeberin den Abschluss des Vertrages ablehnen. Ebenso wäre ein laufender Vertrag zu beenden, wenn keine Bereitstellung von erforderlichen personenbezogenen Daten erfolgt.

8 Beschwerderecht

Beschwerden im Zusammenhang mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Verantwortliche wären an folgende Stelle zu richten:

Österreichische Datenschutzbehörde
Barichgasse 40-42
1030 Wien
Telefon: +43 (0) 1 52 152-0
E-Mail: dsb@dsb.at
Website: www.dsb.gv.at